

## **Grüne warnen vor hohen Kosten schwarz-roter Entlastungspläne**

Zeit online, 2. Juni 2025

### **Ein Entwurf von SPD-Finanzminister Klingbeil sieht umfassende Steuersenkungen für Unternehmen vor. Das könnte Kommunen finanziell „das Genick brechen“, warnen die Grünen.**

Die Grünen befürchten, dass den Kommunen wegen der Steuerentlastungspläne der schwarz-roten Bundesregierung das Geld für Schwimmbäder fehlt.

Sie warnen vor hohen Kosten durch die von der schwarz-roten Koalition geplanten massiven Steuerentlastungen für Unternehmen. „Das wird ganz vielen Kommunen in Deutschland das Genick brechen“, sagte Grünenfraktionsvize Andreas Audretsch in der Sendung „Frühstart“ von RTL und ntv. Durch die Mindereinnahmen in Milliardenhöhe müssten Schwimmbäder, Jugend- und Kultureinrichtungen schließen, Busse würden weniger fahren.

„Wenn ein SPD-Finanzminister die Daseinsvorsorge derartig kaputt macht vor Ort, dann macht das Schaden“, sagte Audretsch. Auch für die Wirtschaft selbst könne es Probleme geben, sei sie doch auf funktionierende Strukturen angewiesen.

### **Steuermindereinnahmen in Milliardenhöhe**

Das Bundesfinanzministerium plant ein „Gesetz für ein steuerliches Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland“. Der entsprechende Entwurf könnte bereits am Mittwoch im Kabinett beschlossen werden. Mit einem Abschluss des gesamten Gesetzgebungsverfahrens rechnet SPD-Fraktionschef Matthias Miersch aber erst für nach der parlamentarischen Sommerpause.

Die Pläne für das „Investitionsprogramm“ waren am Wochenende bekannt geworden. Geplant sind unter anderem Sonderabschreibungen für Investitionen und eine Senkung der Körperschaftsteuer.

Im Rahmen des sogenannten Investitionsboosters sollen Unternehmen in den Jahren 2025 bis 2027 Sonderabschreibungen in Höhe von bis zu 30 Prozent für Investitionen tätigen können. Die Maßnahme soll für Investitionen ab dem 1. Juli 2025 und vor dem 1. Januar 2028 gelten. Ziel des Investitionsboosters ist es laut Gesetzentwurf, die Rentabilität von Investitionen zu erhöhen.

An diese drei Jahre der Sonderabschreibungen soll sich dann eine Senkung der Körperschaftsteuer anschließen – auch dies hatten die Koalitionäre so vereinbart. Der Steuersatz soll dem Entwurfstext zufolge ab 1. Januar 2028 bis 2032 in fünf Schritten von 15 auf zehn Prozent reduziert werden. Dadurch soll laut Finanzministerium die Unternehmensteuerbelastung „deutlich“ sinken.

### **Grüne befürchten höhere Dividenden statt Investitionen**

Ebenfalls geplant sind eine großzügigere Ausgestaltung der steuerlichen Forschungszulage und die Einführung einer Sonderabschreibung für den Kauf von Elektroautos. Kauft ein Unternehmen ein E-Auto, soll es künftig 75 Prozent der Kosten von der Steuer absetzen können.

Bis 2029 sollen sich die Entlastungen mit insgesamt knapp 46 Milliarden Euro auf den Bundeshaushalt auswirken.

Grünenpolitiker Audretsch befürchtet aber, dass die Unternehmen die zusätzlichen Spielräume nicht für Investitionen nutzen. „Ein ganz großer Teil des Geldes wird nicht ankommen in Investitionen, sondern über die Dividendenausschüttungen dann an Aktionäre wieder rausgehen“, sagte er RTL und ntv. Grundsätzlich sei ein Investitionsbooster aber etwas Gutes, stellte Audretsch klar.

## **Bundesinnenministerium: Dobrindt will „Turboeinbürgerung“ der Ampel abschaffen**

Quelle: Ferdinand Otto, Zeit online, 23. Mai 2025

Staatsbürgerschaft nach drei Jahren: Damit wollte die Ampel gut integrierte Migranten belohnen. Der neue Bundesinnenminister will diese Reform schnell wieder abräumen.

Das Bundesinnenministerium will die Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes der Ampel an einer entscheidenden Stelle wieder abschaffen. Das geht aus einem Referentenentwurf aus dem Haus von Alexander Dobrindt (CSU) hervor, der ZEIT ONLINE exklusiv vorliegt. Demnach soll die sogenannte „Turboeinbürgerung“ nach nur drei Jahren Aufenthalt in Deutschland zukünftig unmöglich werden.

Die Ampelkoalition hatte vor etwa einem Jahr das Staatsangehörigkeitsgesetz geändert und dabei unter anderem die bis dato vorgeschriebenen Fristen für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft deutlich herabgesetzt. Galt zuvor, Staatsbürger kann nur werden, wer acht Jahre lang in Deutschland gelebt hat, verkürzte die Regierung von Bundeskanzler Olaf Scholz dies auf fünf Jahre. Ein spezieller Passus sollte zudem Anreize schaffen für hoch qualifizierte Migranten: Im Fall von besonderen Integrationsleistungen konnten Einwanderer statt nach fünf bereits nach drei Jahren in Deutschland die Staatsbürgerschaft erhalten. Die Koalition erhoffte sich dadurch unter anderem Vorteile im Kampf gegen den Fachkräftemangel.

Die Chefin der Grünenfraktion im Bundestag, Katharina Dröge, hat die geplante Reform des Staatsbürgerschaftsrechts der schwarz-roten Koalition bemängelt. „CDU und SPD wollen die Einbürgerung wieder erschweren“, kritisierte sie gegenüber ZEIT ONLINE. „Und das ausgerechnet für Menschen, die hoch qualifiziert sind und sich besonders gut integrieren.“ Das sei ein „fatales Signal“ für ein Einwanderungsland, sagte Dröge.

In der Ampel hatten sich die Grünen noch für ein neues Staatsbürgerschaftsrecht

eingesetzt – jetzt müssen sie aus der Opposition zusehen, wie Bundesinnenminister Alexander Dobrindt ihre Reform an entscheidender Stelle wieder abschafft. Konkret geht es dem Christsozialen um einen Passus zur sehr schnellen Einbürgerung, den die Ampel eingeführt hatte: Besonders gut integrierte Migranten sollten bereits nach drei Jahren in Deutschland die Möglichkeit haben, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen.

### **„Ihr seid nicht wirklich willkommen“**

Die neue Koalition aus Union und SPD hatte sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, diese sogenannte „Turboeinbürgerung“ künftig wieder abzuschaffen. CDU und CSU hatten im Wahlkampf gegen die Reform der Ampel gewettert.

Derzeit arbeitet das Bundesinnenministerium an einem entsprechenden Gesetzentwurf, der ZEIT ONLINE vorliegt. „Eine hinreichend lange Voraufenthaltszeit im Inland ist jedoch eine zentrale Einbürgerungsvoraussetzung, durch die eine nachhaltige Integration in die Lebensverhältnisse in Deutschland sichergestellt werden soll. Dem wird die sogenannte 'Turboeinbürgerung' nicht gerecht“, heißt es darin. Das Kabinett soll die Reform noch Ende Mai beschließen und die Einbürgerung nach drei Jahren damit wieder unmöglich machen.

„Merz und Klingbeil sagen damit denen, die hier leben und arbeiten: Ihr seid nicht wirklich willkommen. Das ist weder fair noch klug – vor allem nicht in Zeiten, in denen Deutschland Fachkräfte dringend braucht“, sagte Dröge. „Mit so einer rückwärtsgerichteten Politik schaden CDU und SPD der Integration und der deutschen Wirtschaft.“

## Schwarz-rote Koalition: Ein bisschen so lala

Ein Kommentar von Mark Schieritz, *Zeit Online*, 9. April 2025

Man kann sich bei der Lektüre dieses Koalitionsvertrags schon fragen, was das alles eigentlich soll. Ist die Erhöhung der Pendlerpauschale das geeignete Instrument, um den Standort Deutschland voranzubringen? Die Mütterrente? Die Senkung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie? Eher nicht. Die ersten Deutungen, etwa vom Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, gehen sogar so weit, dass das neue Bündnis nur den „Status quo“ zementiere.

Bleibt die Wirtschaftswende, die CDU-Chef Friedrich Merz versprochen hat, also aus? Ganz so ist es nicht. Schließlich will die neue schwarz-rote Koalition Investitionen fördern (über sogenannte Sonderabschreibungen), die Unternehmen entlasten (über eine Senkung der Körperschaftsteuer), den Strompreis für die Industrie reduzieren, die Bürokratie abbauen, das Bürgergeld reformieren. Dazu kommen die Milliarden für die Infrastruktur und die Verteidigung, auf die sich der Bundestag bereits verständigt hat.

Als Disruption kann man das alles sicher nicht bezeichnen, weil beispielsweise die Steuerentlastung erst ab 2028 greifen soll [...]. Aber Veränderung ist kein Wert an sich. Viele Amerikaner und Amerikanerinnen wären im Moment wahrscheinlich froh, wenn sie einen weniger disruptiven Präsidenten gewählt hätten. Es gibt Schlimmeres als den Status quo.

Entscheidend ist: Die Verhandler aus Union und SPD haben die zentralen Herausforderungen des Landes identifiziert. Ob die vorgeschlagenen Lösungen der Dimension der Probleme gerecht werden, wird man sehen. Und überhaupt: Wann in der Geschichte des Landes war das eigentlich schon einmal so? Diese Reformvorhaben gehen – was keine Selbstverständlichkeit ist – in die richtige Richtung. Und anders als im Fall der Ampel ist diesmal auch ein bisschen Geld in der Kasse, sodass zumindest ein

Teil der verabredeten Vorhaben auch umgesetzt werden kann.

Welche genau das sein werden, das wird sich in den kommenden Wochen zeigen. Einer der zentralen Sätze findet sich auf Seite 51 des Vertrags: Normalerweise einigt man sich in solchen Verhandlungen auf Punkte, die in jedem Fall umgesetzt werden sollen. Diesmal aber sollen alle Maßnahmen unter „Finanzierungsvorbehalt“ stehen. Wie ernst die Koalitionäre es mit der Wirtschaftswende meinen, wird sich auch an der Auswahl der Projekte zeigen. Wie überhaupt gerade in diesen Zeiten gilt: Die Zukunft lässt sich nicht planen. Eine weitere Eskalation des transatlantischen Zollkriegs hätte beispielsweise schwerwiegende Folgen für die deutsche Wirtschaft, auf die das neue Kabinett kurzfristig und pragmatisch reagieren müsste. So etwas lässt sich nicht vertraglich festhalten.

### Ein sanfter Neoliberalismus

Die Koalition hat sich, so kann man das wohl formulieren, für einen sanften neoliberalen Reformkurs entschieden, der durch umfangreiche staatliche Ausgabenprogramme abgefedert wird. Das ist der Kompromiss, auf den sich die beiden Parteien verständigen konnten. Es ist angesichts der Lage im Inneren und im Äußeren nicht der schlechteste Kompromiss. Es war immer klar, dass die Union ihr Wahlprogramm nicht umsetzen kann – nicht nur wegen der SPD, sondern weil es schlicht nicht finanzierbar war.

Damit gilt: Wenn US-Präsident Donald Trump nicht komplett durchdreht, könnte das Land die wirtschaftliche Stagnationsphase hinter sich lassen. Ob das ausreicht, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können und den Aufstieg radikaler Kräfte zu verhindern, lässt sich heute nicht vorhersagen.

